



BAYERN

LANDESJOURNAL

Beamte in die gesetzliche Krankenkasse Beamte in die gesetzliche Rentenkasse

Fast täglich wird eine andere Sau durchs Dorf getrieben!



Wer von euch hat die Schlagzeilen des letzten Jahres zum Thema „Gesetzliche Rentenversicherung auch für Beamte“ oder den OECD-Bericht zum Thema „Beamten-

pensionen abschaffen“ nicht gelesen?

Zu Beginn dieses Jahres stand die Beamten-schaft wieder im Fokus der Medien. Dieses Mal mit dem Thema „Beamte in die gesetzliche Krankenkasse überführen“. Am 10. Januar dieses Jahres veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung ihre Studie „Krankenversicherungspflicht für Beamte und Selbstständige. Die öffentlichen Haushalte könnten 60 Milliarden sparen“. Im Fokus stand die Frage, welche finanziellen Auswirkungen es für die öffentlichen Haushalte (Bund/Länder) hat, wenn die Versicherungspflicht, wie sie für Arbeitnehmer gilt, auf Beamte ausgedehnt wird? Diese würde dann für Beamte mit einem Einkommen bis zu 57 600 Euro pro Jahr gelten. Die Untersuchung zeigte auf, dass bis zum Jahr 2030 die öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern insgesamt mehr als 60 Milliarden Euro einsparen können, wenn neun von zehn Beamten gesetzlich versichert wären.

Für Bayern gilt: Das Land Bayern müsste zwar für ihre gesetzlich versicherten Beamten den üblichen Arbeitgeberbeitrag zahlen, das wäre aber weniger als das, was der Staat derzeit für die steuerfinanzierte Beihilfe ausbebe. Je höher der Anteil der Pensionäre an den Beihilfempfangern, desto umfangreicher die Einsparungen, weil in dieser Altersgruppe die meisten Krankenkosten anfallen. Bayern könnte bis 2030 somit 7,7 Milliarden Euro einsparen. Das Einsparpotenzial klingt im ersten Moment verlockend für jeden Steuerzahler,

aber die Studie hat einen Haken: Die beamten- und verfassungsrechtlichen Fragen, die bei einer solchen Umstellung zu klären gewesen wären, waren nicht Gegenstand der Studie. Die Berechnungen berücksichtigten auch nicht, die von den privat versicherten Beamten bislang angesparten Alterungsrückstellungen in Höhe von ca. 72 Milliarden Euro. Deshalb finde ich das Zitat des Verbandes der Privaten Krankenkassenversicherung e.V. ziemlich treffend: **„Eine solche Studie ist auf Sand gebaut und kann schon im Ansatz nicht ernst genommen werden“** (PM der PKV vom 10. Januar 2017).

In einem Gespräch mit unserem Kooperationspartner der SIGNAL IDUNA konnten noch weitere, nicht behandelte Fakten der Studie aufgezeigt werden: Verschiebepolitik zugunsten der gesetzlichen Krankenkasse (GKV), ungerechte Verteilungspolitik, Verstoß gegen die Generationengerechtigkeit, kein Vorschlag für Alternativen zu einer nachhaltigen Finanzierung, die Pflegeversicherung, Krankengeld und Zusatzbeiträge der Versicherten bleiben außen vor. Alles in allem enthält die Studie viele Unbekannte, nicht nur die Klärung der beamten- und verfassungsrechtlichen Fragen. Das Problem ist nur: Beamte und Arbeitnehmer werden wieder einmal gegenseitig ausgespielt und das sorgt für viele Diskussionen und Neiddebatten.

Da der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach das Thema „Bürgerversicherung“ als Wahlkampfthema für die Bundestagswahlen aufgreifen wird, ich zitiere: „... die Zeit ist reif für eine geordnete Einführung der Bürgerversicherung“, wird auch das Thema Beamtenpensionen in den Fokus gerückt werden.

Die ebenfalls im Januar 2017 veröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung „Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung“ befasst sich mit der Thematik „Auswirkungen der Einbe-

ziehung von Beamten in eine Erwerbstätigenversicherung“. Hier wird eine weitere Möglichkeit, um trotz der soziodemografischen Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten eine stabile Basis an Versicherten und Beitragszahlern sicherzustellen, darin gesehen, zusätzlich Beamtinnen und Beamte in eine Erwerbstätigenversicherung, sprich Rentenversicherung, einzugliedern.

Die mir vorliegende Studie untersuchte daher ausgehend vom gesetzlichen Status quo, wie sich die Einbeziehung künftiger Beamtinnen und Beamter ab dem 1. Januar 2022 finanziell auf die zentralen Ergebnisgrößen der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) auswirken würde. Aber auch hier sind nicht alle Fakten auf den Tisch gelegt worden. Zum Beispiel wird davon ausgegangen, dass der Anteil der Beamtinnen und Beamten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen über die Zeit (bis 2050) konstant bleibt. Das Fazit der Studie lautet unter anderem: **allein die Einbeziehung von Beamten kann aufgrund der verhältnismäßig kleinen Personenzahl die Finanzierungssituation der GRV nicht grundlegend verändern**. Die quantitativen Wirkungen würden aufgrund der geringeren Zahl an neuen Versicherten lediglich im Bereich von etwa 0,5 Prozentpunkten liegen.

Was sagt uns das? Viel Lärm um nichts. Beamte werden gegen Arbeitnehmer ausgespielt. Trotzdem wird das Thema Bürgerversicherung uns noch lange beschäftigen, zumindest bis zur Bundestagswahl. Wer täglich eine neue Sau durchs Dorf treibt, erzeugt nur Unsicherheit in der Kollegenschaft. Ich frage mich – haben wir denn keine anderen Probleme? **Christiane Kern**

PS:

Die beiden Studien stehen zum Download unter www.bertelsmann-stiftung.de und www.boeckler.de bereit.



GdP-Spitze besucht das PVA



v. l. n. r.: Stellv. Landesvorsitzende Karin Peintinger, PP Timo Payer, KG-Vorsitzende Andrea Bauer, LV Peter Schall, BG-Vorsitzender Andreas Holzhausen.

Am 16.12.2016 fand sich der Landesvorsitzende der GdP, Peter Schall, in Begleitung der stellv. Landesvorsitzenden Karin Peintinger und dem Vorsitzenden der BG Niederbayern, Andreas Holzhausen, zu seinem Antrittsbesuch beim Bayerischen Polizeiverwaltungsamt (PVA) ein.

Präsident Payer begrüßte die Besucher der GdP im Stammhaus des PVA in Straubing und stellte die umfangreiche Agenda vor. Zunächst stellte Präsident Payer seine Behörde vor und ging auf die Besonderheiten des PVA, vor allem im Personalbereich (hoher Anteil an Verwaltungsbeamtinnen und -beamten sowie an Tarifbeschäftigten), ein. Anschließend wurden die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Verfolgung von Verkehrsordnungswidrigkeiten dargestellt, wobei auch der Blick in die Zukunft gerichtet wurde. In diesem Zusammenhang wurde u. a. die Thematik Videoüberwachung von Polizeibeamten als Zeugen in der Hauptverhandlung angesprochen.

Weiteres Thema war die Fortentwicklung der Zentralstelle für Atemalkohol- und Verkehrsmesstechnik beim PVA. So ist geplant, ab dem Jahr 2017 die Eichung der Atemalkoholmessgeräte direkt durch die Mitarbeiter des PVA vornehmen zu lassen, damit einerseits längere Ausfallzeiten, resultierend aus der Verbringung zum Hersteller, und andererseits hohe Kosten für die Fremdeichung zukünftig

vermieden werden können. Auf Interesse stieß auch die Vorstellung des Motorradlärm-Displays, welches ebenfalls im Jahr 2017 durch das PVA beschafft und auf der Strecke zwischen St. Englmar und Neukirchen getestet werden soll.

Zum Abschluss gab Präsident Payer noch Einblick in laufende Projekte, an denen er beteiligt ist, wie die Privatisierung der Begleitung des Großraum- und Schwerverkehrs, die Durchführung von Asservatentransporten und das Projekt CardCash.

Im Anschluss wurden aktuelle Probleme aus dem Personalbereich behandelt, die beim PVA ebenso wie in den anderen Verbänden der bayerischen Polizei zum Tragen kommen und einer intensiven Begleitung durch die Gewerkschaften bedürfen. Besonders hervorgehoben wurde hierbei die Thematik der Höhergruppierung im Arbeitnehmerbereich. Aufgrund des Fehlens der Möglichkeit eines stufengleichen Aufstiegs kommt es immer häufiger zu Fallkonstellationen, bei denen Arbeitnehmer höhergruppiert werden, dies aber letztendlich jedoch zu Einkommenseinbußen führt. Karin Peintinger sagte zu, dieses Thema weiter zu verfolgen.

Zum Abschluss des Treffens bedankte sich LV Peter Schall für die detaillierten und interessanten Informationen.

Werner Bauer

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe April 2017 ist am 6. März 2017. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

Neulich im Landtag ...

Auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung für den öffentlichen Dienst stand das Thema „Tarifbeschäftigte bei der bayerischen Polizei im Wechselschichtdienst“. Speziell ging es hier darum, auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die 20 Jahre Wechselschichtdienst leisten, einen früheren Eintritt in die Rente ohne Abschlag zu ermöglichen.

Wie allerdings mit dieser Thematik umgegangen wurde, kann und darf nicht toleriert werden.

Denn unbestritten ist, dass das gesundheitliche Risiko für Schichtarbeit vergleichsweise erhöht ist.

Insbesondere die Arbeit in der Nacht stellt hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit aller Beschäftigten. Sie müssen sozusagen gegen ihre „innere Uhr“ arbeiten, während unser Organismus in der Nacht eher auf Schlaf programmiert ist. Das „Anarbeiten“ gegen diese innere Uhr kostet zusätzliche Anstrengung und beinhaltet ein zusätzliches gesundheitliches Risiko.

Bei der Schichtarbeit sind die Arbeitszeiten der Beschäftigten nicht an die gesellschaftlich wirksamen Freizeitmuster gekoppelt. D. h., die Schichtarbeiter arbeiten, wenn andere frei haben, und haben frei, wenn



andere arbeiten. Diese Tatsache stellt eine besondere Herausforderung im Sinne der sozialen Integration dar. Den Kontakt zur Familie und zu Freunden zu pflegen, wird im Vergleich zur Tagarbeit deutlich schwerer. Ehrenamtliches Engagement oder die regelmäßige Teilnahme in Vereinen ist kaum mehr möglich.

Gerade dieser Umstand wurde in dieser Sitzung dem Tarifbereich abgesprachen. Dass Beamtenrecht und Tarifrecht voneinander getrennt betrachtet werden müssen, ist uns allen hinreichend bekannt. Dass allerdings der „Mensch“ hier mit zweierlei Maß gesehen wird, ließ mir doch zeitweise den Atem stocken.

Für die Höhe der Rente bringen Nacht-, Sonn- und Feiertagsstunden dem Schichtler im Tarifbereich nichts. Denn für diese Zuschlagszahlungen werden keine Sozialabgaben gezahlt.

Dass hier das Land Bayern wenig bis gar keinen Spielraum hat, das Rentenrecht zu ändern, ist uns auch bekannt.

Diese Antragstellung sollte zum Ziel haben, die bayerische Politik auf diese Problematik aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren. Allerdings wurde der Antrag von der Mehrheit nur belächelt.

Auch die Angst, dem Beamtenbereich etwas wegzunehmen, wenn

man dem Tarifbereich etwas zuspricht, ging um und wurde offen ausgesprochen.

Nicht nur dieses Verhalten, sondern auch der Umstand, dass der aktuelle Doppelhaushalt für den Tarifbereich keine Stellenmehrung und kaum Höhergruppierungen ermöglicht, zeigt uns klar und deutlich, wie hoch die Wertschätzung unserer Arbeit ist.

Der Umstand, dass man als Gast zwar an diesen Sitzungen jederzeit teilnehmen kann, jedoch keinerlei Rederecht hat, trieb mir zeitweise den Schweiß auf die Stirn.

Karin Peintinger

1.500 Tarifbeschäftigte und Beamte der bayerischen Polizei demonstrieren für deutliches Gehaltsplus und mehr Anerkennung



darunter Krankenhäuser, Universitäten und Theater vom Gewerkschaftshaus vor die Münchner Ludwig-Maximilians-Universität. Dorthin waren auch viele Polizeibeamte aus beinahe allen bayerischen Polizeipräsidien in ihrer Freizeit gekommen, um den streikenden Arbeitnehmern ihre Solidarität zu bekunden. Insgesamt dürften es weit über 1.500 Demonstrierende gewesen sein, die ihre Forderungen nach mehr Gehalt und mehr Anerkennung vorbrachten. Die stv. Vorsitzende der GdP Bayern, Karin Pein-

tinger, rief die Anwesenden in ihrer Rede zum Kämpfen auf: „700 Milliarden € Steuereinnahmen und davon soll für uns nichts übrig sein? Ganz im Gegenteil, die Arbeitgeber finden unsere Forderungen für überzogen und inakzeptabel. Und weil wir uns das nicht länger gefallen lassen, sind wir heute da. Es wird Zeit, dass wir endlich entscheiden und gemeinsam für das kämpfen, was wir auch verdient haben.“ Das Ergebnis der dritten Verhandlungsrunde am 16./17.02. lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Am 14. Februar haben die GdP und ver.di Bayern ihre Tarifbeschäftigten zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Diesem Aufruf folgten mehrere hundert Arbeitnehmer der bayerischen Polizei, die damit ihren Unmut über die obstruktive Verhandlungsweise der Arbeitgeber in den bisherigen zwei Verhandlungsrunden zum Ausdruck brachten. Sie zogen mit vielen weiteren Streikenden aus anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes,



Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Würzburg

Auf ein bewegendes und ereignisreiches Jahr blickte die Kreisgruppe Würzburg zurück. Das aktuelle Einsatzgeschehen und die Gewerkschaftspolitik waren nur ein Teil der vielen Themen, welche im Rahmen der Jahreshauptversammlung behandelt wurden. Auch zahlreiche Mitglieder wurden für ihre langjährige Treue geehrt.

Im großen Saal des Würzburger Hofbräukellers konnte der Vorsitzende Christian Schulz neben zahlreichen Mitgliedern auch den unterfränkischen Polizeipräsidenten Gerhard Kallert, den GdP-Landesvorsitzenden Peter Schall und den Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe Unterfranken, Holger Zimmermann, begrüßen.

Nicht ohne Stolz präsentierte der Vorsitzende Christian Schulz seinen Jahresbericht für das Jahr 2016. Innerhalb der letzten zehn Jahre konnte der Mitgliederstand um mehr als 46% gesteigert werden. Mit mehr als 400 Mitgliedern zählen die Würzburger zu einer der größten Kreisgruppen innerhalb der GdP in Bayern. Dies ist umso mehr erfreulich, da die Mitgliederzahlen anderer Gewerkschaften eher rückläufig sind und eine Mitgliedschaft in einer Solidargemeinschaft leider nicht mehr selbstverständlich ist. Mit einem Bildbericht gewährte Schulz einen interessanten Einblick in das Dienstgebäude Augustinerstraße, welches sich in der Endphase der Generalsanierung befindet und zukünftig die Polizeiinspektion Würzburg-Stadt mit ihren knapp 300 Mitarbeitern beheimaten

wird. Nach leichten Verzögerungen plant man nun mit einem Wiedereinzug Ende März 2017. „Das modern und großzügig gestaltete Dienstgebäude wird das neue Schmuckstück der bayerischen Polizei – wir freuen uns umso mehr, da wir jahrelang in einem Altbau mit vielen Provisorien arbeiten mussten und als GdP ständig für Verbesserungen gekämpft haben“, freute sich der Würzburger Christian Schulz.

Betroffen zeigte sich Vorsitzender Schulz davon, dass ausgerechnet im beschaulichen Stadtteil Heidingsfeld das erste Attentat mit terroristischem Hintergrund in Deutschland seit Charlie Hebdo stattfand. „Der 18. Juli 2016 wird uns immer in Erinnerung bleiben – wir sind heilfroh, dass wir aufgrund glücklicher Umstände und dank des beherzten sowie professionellen Eingreifens aller Einsatzkräfte nicht mehr Opfer verzeichnen mussten“, so Schulz. Der Kreisgruppenvorsitzende forderte in diesem Zusammenhang, dass man auf keinem Fall an der persönlichen Schutzausrüstung und Fortbildung der Beamten sparen darf und bestehende Konzepte endlich vollständig umgesetzt werden.

Noch deutlicher wurde der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall. Er berichtete darüber, dass es bei der aktuell eingesetzten Dienstpistole bayernweit vermehrt zu Funktionsstörungen kommt. „Das Modell ist seit den frühen 80er-Jahren bei der Bayerischen Polizei im Einsatz und gehört dringend ersetzt“, so Schall. Da ein Ausschreibungsverfahren ent-

sprechend lange dauert, müssen die Planungen zeitnah abgeschlossen werden. „Ich sehe sonst die Sicherheit unserer Beamtinnen und Beamten zunehmend gefährdet“, mahnte der Landesvorsitzende.

Eine frohe Botschaft verkündete der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Unterfranken, Holger Zimmermann. Auch dank der GdP konnte erreicht werden, dass neben den Beamten nun auch Tarifbeschäftigte mit Leistungsprämien bedacht werden können. „Ein überdurchschnittliches Engagement über das übliche Maß hinaus kann zukünftig mit einer Einmalzahlung belohnt werden“, so Zimmermann.

In seinem Grußwort dankte Polizeipräsident Gerhard Kallert dem Einsatz der Würzburger GdP. Gerade im Hinblick auf das Dauerthema „Gewalt gegen Polizei“ brauche es die Unterstützung der Gewerkschaft. „Für das Jahr 2016 verzeichneten wir in ganz Unterfranken bislang 508 Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte. Bis zum Jahresende müssen wir mit insgesamt 270 verletzten Beamtinnen und Beamten rechnen – pro Woche werden im Regierungsbezirk durchschnittlich mindestens fünf Beamte verletzt“, bilanzierte Präsident Kallert.

Am Ende der Jahreshauptversammlung wurden zahlreiche GdP-Mitglieder für ihre Treue geehrt. Aus den Händen des Landesvorsitzenden Peter Schall und des Kreisgruppenvorsitzenden Christian Schulz erhielten die Jubilare Urkunden, Ehrennadeln und Präsente. **Christian Schulz**



Von links nach rechts:
 Polizeipräsident Gerhard Kallert, Landesvorsitzender Peter Schall, Bezirksgruppenvorsitzender Holger Zimmermann, Daniel Göbel (10 Jahre Mitgliedschaft), Mario Fertig (30 Jahre), Heinz Portisch (50 Jahre), Rudolf Muff (50 Jahre), Gerhard Fries (40 Jahre), Karl-Heinz Sulzer (50 Jahre), Stefan Brabetz (10 Jahre), Anna Himmel (50 Jahre), Walter Ehmann (40 Jahre) und Kreisgruppenvorsitzender Christian Schulz

Foto: Marcel Bauer



HERZLICH WILLKOMMEN!

DIE GdP BEGRÜSST DIE NEUEN!

www.gdpbayern.de



Bepo Eichstätt

Werner Höcht

► Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir freuen uns, Sie als neue Angehörige der Bayerischen Polizei begrüßen zu dürfen!

Sie wurden zum 1. März 2017 in den Standorten der Bereitschaftspolizei Eichstätt, Königsbrunn, Sulzbach-Rosenberg und Nabburg eingestellt. Die GdP heißt Sie als große und starke Solidargemeinschaft willkommen.

Täglich setzen wir uns bei politisch Verantwortlichen für optimale Arbeitsbedingungen, berufliches Fortkommen und allgemeine Berufszufriedenheit ein. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten wir einen konkreten Beitrag, das Bild der Polizei nachhaltig positiv darzustellen.

Der GdP-Landesvorsitzende Peter Schall und der Vorsitzende der BG Bereitschaftspolizei, Clemens Murr, sowie die hier vorgestellten Vertrauensleute vor Ort werden Fragen jedweder Art gerne beantworten und Ihnen jederzeit nähere Informationen zur Arbeit der Personalräte und der GdP zukommen lassen. Auch wenn Sie sich gemeinsam mit uns aktiv in der GdP engagieren möchten, sind diese vor Ort Ihre Ansprechpartner. Selbstverständlich können Sie sich auch telefonisch oder per Mail an unsere Landesgeschäftsstelle wenden (Näheres siehe auf <http://www.gdpbayern.de>).

Wir wünschen Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft alles Gute.

In gewerkschaftlicher Verbundenheit



Bepo Königsbrunn

Manfred Schmid



Bepo Sulzbach-Rosenberg

Manfred Butz



Bepo Nabburg

Daniela Lanzl



Peter Schall
Landesvorsitzender



Clemens Murr
Vorsitzender
BG Bereitschaftspolizei



Wir lieben Service!
www.gdp-servicegmbh.de



GdP Service GmbH

Frauen der GdP Niederbayern beim 10. Niederbayerischen Gewerkschaftstag



V. l. n. r.: Ulli Hofbauer, Petra Hochholzer, DGB-Bundesvorsitzender Reiner Hoffmann, Elke Preiss, Martin Lehner und Andreas Holzhausen

Alle zwei Jahre findet im Februar der Niederbayerische Gewerkschaftstag statt. Auch in diesem Jahr ließ es sich die Frauengruppe der GdP Niederbayern nicht nehmen und hat sich mit einem Info-Stand beteiligt. Mithilfe des BG-Vorsitzenden Andreas Holzhausen und des PR-Vorsitzenden Martin Lehner wurde der neue GdP-Pavillon in der Stadthalle Deggendorf aufgebaut.

Nach dem DGB-Demozug, der vom Bahnhof in die Stadthalle führte, kamen beim sehr gut besuchten Infostand der Frauengruppe erstmals blau uniformierte Teddybären in den Verkauf. Es wurden auch Infobroschüren, Malhefte, Stifte usw. verteilt.

Mit den Besuchern, die großes Interesse an der Polizeiarbeit und an der neuen Uniform zeigten, führten wir gute Gespräche. **Ulrike Hofbauer**

www.gdpbayern.de

Besser miteinander!

AUF GEHT'S ZUR 5. JAHRESZEIT!
22. März 2017, 19.00 Uhr
Augustiner, Grüner Saal

Fußgängerzone/Neuhauserstr. 27, 80331 München

Mit dabei die **ISAR RIDER**

Eintritt: 6,00 Euro
 Vorverkauf: 089/998281-1437, 089/6216-2499 oder 0179/1104701, 0176/55553868
 Verantwortung/Organisation: GdP München, GdP Service GmbH, BDK München

Wir danken unseren Sponsoren:

PVAG **Polizeiversicherungs-AG**
 Das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und der SIGNAL IDUNA Gruppe

BB Bank
 Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst



Der BMW-Rhein Jahresstart 2017

Starke Motoren & starkes Leasing!



GdP Service GmbH
Wir lieben Service!



MINI One Clubman – inkl. Pepper-Paket

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: ab **21.990,- €**

Leasingangebot der BMW-Bank:

Neu – und nur bei Leasing: Inklusive Vollkasko-Versicherung!

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **1.999,- €**

36 monatliche Leasingraten à: ab 199,- €

(bei einer jährlichen Laufleistung von 10.000km)

Kraftstoffverbrauch kombiniert: 5,2 l/100 km, innerorts: 6,4 l/100 km, außerorts: 4,6 l/100 km; CO₂-Emission kombiniert: 122 g/km, Effizienzklasse: B



BMW 220i Active Tourer – Modell Advantage

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: ab **24.950,- €**

Leasingangebot der BMW-Bank:

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **1.999,- €**

36 monatliche Leasingraten à: ab 189,- €

(bei einer jährlichen Laufleistung von 10.000km)

Kraftstoffverbrauch kombiniert: 5,9 l/100 km, innerorts: 7,7 l/100 km, außerorts: 4,8 l/100 km; CO₂-Emission kombiniert: 137 g/km, Effizienzklasse: B

In Zusammenarbeit mit BMW Rhein, einem der größten BMW-Händler in Deutschland, können wir unseren GdP-Mitgliedern im Rahmen einer Sonderaktion – solange der Vorrat reicht – drei Modelle zu Spitzenkonditionen anbieten.

Zusätzlich erhalten GdP-Mitglieder ein kostenloses Starterpaket. Dieses beinhaltet:

- Zulassung des Neufahrzeugs inkl. Wunschkennzeichen kostenlos (statt 119 €)
- Warnweste im Fahrzeug kostenlos (statt 10 €)
- Tank voll bei Auslieferung (ca. 65 – 80 €)

Weitere Infos:

Herr Dominik Groll, Tel. 09 31 / 27 885 - 885

dominik.groll@rhein-wuerzburg.de



BMW 120i 5-Türer – Modell Advantage

Unser Bar-Aktionspreis¹⁾: ab **22.990,- €**

Leasingangebot der BMW-Bank:

Anzahlung (Gebrauchtwagen-Inzahlungnahme zu Tagespreisen möglich): **1.999,- €**

36 monatliche Leasingraten à: ab 159,- €

(bei einer jährlichen Laufleistung von 10.000km)

Kraftstoffverbrauch kombiniert: 5,7 l/100 km, innerorts: 7,6 l/100 km, außerorts: 4,7 l/100 km; CO₂-Emission kombiniert: 131 g/km, Effizienzklasse: B

Gültig bei Auslieferung bis 30.5.2017 oder solange Vorrat reicht!



Weitere Modelle zu GdP-Konditionen auf Anfrage!
Künftige Sonderaktionen:
www.gdp-service-gmbh.de

1) Inkl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI).

2) Gewerbliches Finanzierungsangebot der BMW Bank GmbH, Heidemannstr. 164, 80939 München, Stand 1/2017. Gültig bei Abschluss und Kundenzulassung bis 30.5.2017 und solange Vorrat reicht. Zzgl. Bereitstellungskosten in Höhe von 820,- € (BMW) bzw. 750,- € (MINI). Druckfehler, Irrtümer und Änderungen vorbehalten.

GdP Bad Kissingen wurde 60 Jahre – Ehrung von drei Gründungsmitgliedern



Foto: Jennifer Heuß

Bei der Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei wurde der Gründung im Mai 1956 gedacht. Nach den Ausführungen von Erwin Fischer (eines der Gründungsmitglieder) waren die Bad Kissinger die erste Kreisgruppe Unterfrankens!

Nach dem Tätigkeitsbericht des Kreisgruppenvorsitzenden Matthias

Kleren berichtete der stellvertretende Vorsitzende der GdP Unterfranken, Christian Schulz, als Gast über aktuelle Gewerkschaftsthemen.

Unter anderem bereitet das Dauerthema „Gewalt gegen Polizei“ weiterhin Sorgen. Im Jahre 2015 musste man in Unterfranken 695 Angriffe gegen Polizeibeamte verzeichnen – hierbei wurden insgesamt 228 Beamtinnen und Beamte verletzt. Die endgültigen Zahlen für das Jahr 2016 lagen zwar noch nicht vor, jedoch zeichnet sich ab, dass sich die Anzahl der im Dienst verletzten Beamten auf über 260 deutlich erhöhen wird. „Man muss sich vor Augen halten, dass somit pro Woche durchschnittlich fünf Polizisten in Unterfranken verletzt werden“, verdeutlichte Schulz.

Bei der Jahreshauptversammlung konnten Matthias Kleren und Christian

Schulz mehrere Bad Kissinger Polizisten/-innen für langjährige Mitgliedschaft ehren.

Jakob Heckmann ist seit über 10 Jahren in der GdP, Gerhard Weidner bringt es auf mehr als 30 Jahre. Ein volles Berufsleben, nämlich über 40 Jahre, gehören Peter Scharfenberger, Winfried Simon und Franz Schlembach der Gewerkschaft an. Für mehr als 50 Jahre wurden Friedrich Busche, Wolfgang Dietz und Eva Maria Wehner geehrt. Über 55 Jahre kann Gerhard Fischer vorweisen. Eine besondere Ehre war es, Herrn Erwin Fischer für seine über 60-Jährige Mitgliedschaft auszeichnen zu können. Die weiteren Gründungsmitglieder Horst Geisler und Ernst Kroh konnten aus gesundheitlichen Gründen leider nicht persönlich an der Versammlung teilnehmen.

M. Kleren

